

"Berliner Erklärung"

zur

Debatte um verstärkte Einwanderung nach Deutschland

des Deutschen Industrie- und Handelskammertags

und

des Zentralverbands des Deutschen Handwerks

Viele Menschen – viele Chancen

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Das zeigen die in den letzten Jahren deutlich gestiegenen Zahlen von zugezogenen ausländischen Staatsbürgern. Das zeigt die wachsende Zahl von bereits dauerhaft eingewanderten Menschen mit einem Migrationshintergrund. Diese neuen Mitbürger helfen Deutschland, die Auswirkungen des demografischen Wandels zumindest abzufedern. Deutschland braucht eine arbeitsmarktorientierte Einwanderung, um auch zukünftig Wohlstand und Wachstum zu schaffen.

Doch es geht um mehr. Offenheit und Toleranz sind unabdingbare Voraussetzungen für ein friedliches Miteinander und machen Deutschland zu einem Land, das attraktiv zum Leben und Arbeiten ist.

Einwanderung stellt das Zusammenleben aber auch vor Herausforderungen – etwa dort, wo verschiedene Kulturen aufeinander treffen. Örtliche Netzwerke und Dialogforen bieten den richtigen Rahmen, um zu informieren und etwaige Vorbehalte gegenüber ausländischen Mitbürgern abzubauen.

Die deutsche Wirtschaft engagiert sich

Die mittelständisch geprägte deutsche Wirtschaft und das Handwerk spielen eine Schlüsselrolle für eine erfolgreiche Integration in Arbeit und Gesellschaft. DIHK und ZDH unterstützen die vielfältigen Integrationsanstrengungen der Unternehmen. Darüber hinaus werben sie bei Politik, Behörden, Bildungseinrichtungen und anderen relevanten gesellschaftlichen Akteuren für eine gelebte Willkommenskultur.

Die beiden Organisationen tragen auf vielfältige Weise zur Integration bei:

- **Beteiligung** an zahlreichen lokalen oder regionalen Initiativen und Netzwerken zur Integration von Zuwanderern und Menschen mit Migrationshintergrund;
- **Beschäftigung** von Mitarbeitern mit Migrationshintergrund, die Ansprechpartner für potenzielle Auszubildende, ausländische Fachkräfte oder Existenzgründer sind;

- **Unterstützung** von Unternehmen bei der Suche nach ausländischen Fachkräften auch über die Dienstleistungsangebote der Auslandshandelskammern und Bereitstellung von Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten gezielt für Personen mit Migrationshintergrund;
- **Prüfung und Anerkennung** ausländischer Bildungsabschlüsse mittels Feststellung ihrer Gleichwertigkeit mit deutschen Qualifikationen.

Für eine erfolgreiche Integration in Deutschland – was jetzt geschehen muss

Zur Flankierung des Engagements der Wirtschaft für eine Willkommenskultur und zur besseren Nutzung der Chancen bei der Integration, ist aus Sicht von ZDH und DIHK Folgendes notwendig:

- **Sprache als Schlüssel zur Integration.** Bund und Länder sind gefordert, drohende Förderlücken für berufsbezogene Deutschkurse für ausländische Fachkräfte zu schließen. Darüber hinaus sind Deutschsprachkurse für Asylbewerber zu einem möglichst frühen Zeitpunkt intensiver zu fördern.
- **Anerkennung von Qualifikationen weiter optimieren.** Nicht nur ausländische Fachkräfte, auch Asylbewerber müssen bei der Identifizierung ihrer Berufserfahrung sowie der Anerkennung ihrer Abschlüsse besser unterstützt werden. Unsicherheiten bei der Anwendung der Landesgesetze müssen beseitigt und das Anerkennungsrecht des Bundes bekannter gemacht werden.
- **Rasche Integration in den Arbeitsmarkt.** Die Vielzahl an Aufenthaltstiteln, komplexe und unbekannte Verfahren erschweren die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit für ausländische Fachkräfte. Dringend erforderlich sind administrative Erleichterungen, vor allem eine bessere Abstimmung der beteiligten Institutionen. Gleichzeitig müssen die Zugangsoptionen zum deutschen Arbeitsmarkt für ausländische Fachkräfte verbessert und verstärkt kommuniziert werden. So haben betrieblich Qualifizierte aus Drittstaaten nur dann Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt, wenn sie einen Mangelberuf vorweisen, der auf der Positivliste steht. Die Erfahrung zeigt aber, dass diese Liste zu eng ist. Sie muss erweitert werden. Ferner ist es nötig, das gesamte Zugangsverfahren zum deutschen Arbeitsmarkt von der Visabeantragung bis zur Arbeitsaufnahme zu verkürzen und transparenter zu gestalten.
- **Bessere Ausbildungsbedingungen.** Der Zugang junger Menschen zu einer beruflichen Ausbildung muss erleichtert werden. Für Drittstaatsangehörige sollte die Vorrangprüfung zumindest für solche Mangelberufe entfallen, in denen schon heute Lehrstellen unbesetzt bleiben. Auch für ausländische Studierende, die ihr Studium abbrechen, sollte der Weg in eine duale Ausbildung vereinfacht werden. Ebenso müssen Asylbewerber und geduldete Ausländer, die eine Ausbildung in

Deutschland aufgenommen haben, diese auch abschließen und wenn möglich anschließend beschäftigt werden können. Unternehmen brauchen Planungssicherheit, damit sie die Früchte ihres Engagements auch ernten können.

- **Asylverfahren beschleunigen.** Trotz der jüngsten Verbesserungen bei der Verfahrensdauer sowie bei der gesetzlichen Wartezeit zur Arbeitsaufnahme brauchen wir weitere Anstrengungen, denn die Wartezeit stellt die Asylbewerber und die Unternehmen vor große Unsicherheiten.
- **Möglichkeiten für eine Beschäftigung in Deutschland besser kommunizieren.** Für die bereits umfänglichen vorhandenen Möglichkeiten für sowohl hoch- als auch beruflich qualifizierte ausländische Fachkräfte, eine Beschäftigung in Deutschland aufzunehmen, muss im Ausland verstärkt geworben werden.
- **Willkommens- und Begleitstrukturen ausbauen.** Schließlich sollten vermehrt kommunale Welcome Center als Erstanlaufstelle für ausländische Fachkräfte eingerichtet werden. Ebenfalls können Mentoren in den Unternehmen ausländische Mitarbeiter im Arbeitsalltag oder darüber hinaus unterstützen.

Deutschland verfügt bereits über insgesamt gute Rahmenbedingungen sowohl für den Zuzug ausländischer Fachkräfte als auch Asylsuchende. Gemeinsam mit der Politik wollen wir daran arbeiten, die aufgezeigten weiteren Verbesserungsansätze zu realisieren. Zu diesem Zweck wollen wir gemeinsam mit allen gesellschaftlichen Akteuren an einem Strang ziehen – für eine erfolgreiche Integration, für eine starke Wirtschaft, für eine offene Gesellschaft.

Berlin, 26. März 2015